



Schwerpunkt

Am 8. März gibt es Versprechen, aber die Regierungspolitik greift Frauen an.

Seite 2



Schwerpunkt

Der Kapitalismus ist in einer strukturellen Krise. Reformen können daran nichts ändern.

Seiten 6 und 7

Regierungspolitik trifft Frauen hart

Zum Frauentag am 8. März wird das Frauenwohl wieder aus der politischen Mottenkiste geholt. Vorrübergehend wird mit Krokodilstränen der frauenfeindliche Kurs der Rechts-Populisten, von Trump oder im Iran bejammert.

Von Florian Schießl, SO-Wien

Man gibt große Versprechen Richtung Gleichberechtigung ab - um dann bis zum 8.3.2027 den Protesten im Ausland in den Rücken zu fallen und im Inland Politik gegen Frauen zu machen. Wenn Eva-Maria Holzleitner (SPÖ) verkündet: „Ob bei der Kinderbetreuung, im Haushalt oder mit der mentalen Last des Familienalltags – Frauen leisten nach wie vor den größten Teil der unbezahlten Arbeit“, liegt sie richtig. Wenn sie dann aber die politische Verantwortung betont, dies zu ändern und dass strukturelle Ungleichheiten angegangen werden müssen, um Frauen ökonomisch unabhängig zu machen - dann legt sie die große Kluft zwischen politischem BlaBla und tatsächlichem Handeln offen.

Ökonomisch immer ungleicher

Es sind v.a. Frauen, die Lücken in der Kinder- und Krankenbetreuung auffangen. Aber nicht nur die Mehrbelastung zu Hause nimmt durch die Kürzungspolitik zu. „Wir fördern Initiativen, die Frauen in ihrer finanziellen Selbstbestimmung stärken“, betont Holzleitner. Tatsächlich? Der öffentliche Dienst ist der einzige Bereich, in dem der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern gering ist - und hier gibt es saftige Reallohnverluste. Dazu kommt die Kür-



zung der Ermessensausgaben (bei Projekten u.a. für Gleichstellung und gegen Gewalt) zu Gunsten von Geschenken an die Wirtschaft. All das verschärft die ökonomische Ungleichheit und befeuert entgegen der Regierungsversprechen Ungleichheit und Altersarmut. Umso niedriger die Lohnabschlüsse bei ohnehin großer Lohnungleichheit, umso mehr Jobs in den Frauenbranchen und umso mehr Förderungen wegfallen, desto eher sind Frauen von ihren meist besser verdienenden Partnern abhängig. Diese Abhängigkeit kann durch häusliche Gewalt tödliche Folgen haben. Schon jetzt ist jede fünfte Pensionistin armutsgefährdet - dank der Regierungspolitik werden es wohl mehr...

Antworten auf die Ungleichheit

Gleichstellung wird nicht geschenkt und sollte zentrale Aufgabe der Gewerkschaften sein: Sie müssen kämpferisch für bessere Löhne streiten - was sie nicht machen, weil sie sich staatstragend dem „Wirtschafts-Wohl“ verpflichten. Sie müssen auch bei Kämpfen

gegen Sparpakete ganz vorne dabei sein. Denn statt dem Zurückschieben ins Private durch die Kürzungen brauchen wir die konsequente Vergesellschaftung von Hausarbeit, Pflege und Kinderbetreuung. All das kann im engen kapitalistischen Rahmen nicht gelingen. Denn volle Frauenbefreiung steht im Widerspruch zur kapitalistischen Ellbogen- und Konkurrenzgesellschaft. Viele hart erkämpfte Errungenschaften werden aktuell zurückgenommen. Symbolpolitik wie das Fördern von Frauen in Führungspositionen ändert nichts, da die Strukturen unangetastet bleiben. „Empowerment“ und „Frauen in den Mint-Bereich“ wälzen die Verantwortung aufs Individuum ab: frau muss nur in die „richtige Branche“. Als ob es okay wäre, dass Kinderbetreuung schlechter bezahlt ist als die Metallindustrie. Daher kämpfen wir als Sozialist*innen für jede echte Verbesserung UND für eine andere, sozialistische Gesellschaft, damit wir alle von sozialen und materiellen Zwängen unabhängig und selbstbestimmt leben können.

Nein zum rassistischen Kopftuchverbot!

Eine aktuelle Einschränkung der Freiheit von Frauen ist das Kopftuchverbot, beschlossen vom Parlament. Es soll angeblich der Emanzipation von Frauen dienen. Gleichzeitig arbeitet die Regierung mit den Taliban und dem islamistischen Regime in Syrien zusammen oder lässt die Protestierenden im Iran links liegen. Das Gesetz ist Teil einer anti-muslimischen, rassistischen und sexistischen Rhetorik. Das Verbot schiebt Frauen, die Kopftuch tragen, in eine Schublade - wie auch all jene, die

ihren muslimischen Glauben ausüben.

Ein pauschales Kopftuchverbot ist genauso bevormundend, wie eine Kopftuchpflicht in islamistischen Staaten. Daher lehnen wir diese rassistisch motivierten Kleidervorschriften ab. Als Sozialist*innen stehen wir zwar allen Religionen kritisch gegenüber, da sie dazu dienen, Machtstrukturen aufrechtzuerhalten, Autoritätshörigkeit zu lehren und Zwietracht zu säen. Dennoch stehen wir für Glaubensfreiheit. Um tatsächliche Emanzipation zu ermöglichen, for-

dern wir u.a. eine Schulpflicht bis 19 und stehen gegen religiöse Privatschulen.

In einer solchen Schule erhalten Mädchen auch eine Berufsausbildung und damit wird am besten die Grundlage geschaffen, sich finanziell unabhängig zu machen und aus den häuslichen und religiösen unterdrückerischen Strukturen zu befreien - unabhängig von ihrer Religion.

Impr. und Offenlegung nach §25 Mediengesetz:
MEHV: Verein Sozialistische Offensive, Vertreten durch Laura Rafetseder; Ausrichtung des Vereins ist die Förderung sozialistischer Ideen, die Beteiligung an der politischen Willensbildung und Gestaltung. Vereinssitz Wien 15, Dinkelstedtg. 1/45-46/ ZVR.Zahl: 1323285378, Druck: Die Kopie

Die Zuspitzung der Krise

Rechtsruck und/oder Klassenkampf

In den Umfragen steht die FPÖ seit Monaten stabil auf Platz 1. Was von bürgerlichen Kommentator*innen oft als „Rechtsruck“ beklagt wird, ist in Wirklichkeit das Symptom einer tiefgreifenden Erschütterung des gesamten Systems. Alles, was früher fix schien, zerbröselt. Diese Zuspitzung ist das Ergebnis multipler Krisen: Klimakatastrophe, Wirtschaftskrise, geopolitische Instabilität, Kriege und eine galoppierende Teuerung greifen ineinander und erzeugen einen permanenten Ausnahmezustand.

Von Albert Kropf, SO Wien

Inmitten dieser Instabilität zeigt sich die allgemeine Krise der bürgerlichen Demokratie. Immer Weniger vertrauen darauf, dass Politik, Staat oder die alten Institutionen ihre existenziellen Probleme lösen können. Wenn die Herrschenden keine Antworten auf die soziale Misere haben, bricht das Fundament ihres Systems weg. Genau in dieses Vakuum stößt die FPÖ. Kickl muss dabei nichts anderes tun, als zu warten und zuzusehen, wie Stocker, Babler, Meisl-Reisinger oder Gewessler die Profite der Unternehmen retten und dabei den Lebensstandard der Massen runterfahren.

Kickls Werkzeug:

Der „Kulturkampf“ als Ablenkung

In der Strategie von Kickl, Orban, Trump und Co ist der Kulturkampf zentral: Im Kern ein bewusstes Ablenkungsmanöver. Anstatt über die Verteilung von Reichtum, über Löhne oder Arbeitsbedingungen zu sprechen, verschieben die Rechten die Debatte auf das Feld der Identitäten, der Herkunft, der Traditionen und der Lebensstile. Zuerst wird die Gesellschaft und dann die Arbeiter*innen-Klasse entlang unterschiedlicher Linien gespalten: Alt gegen Jung, Stadt gegen Land, „Einheimische“ gegen „Migrant*innen“, „Normaldenkende“ gegen „Gutmenschen“ usw. Indem Fragen der Sprache oder Ernährung zu Schicksalsfragen hochstilisiert werden, wird der Blick von den tatsächlichen Machtverhältnissen und den täglichen Problemen abgelenkt. Die Rechten



mobilisieren so eine emotionale Basis, während ihr Wirtschaftsprogramm weiterhin den Interessen der Konzerne und Eliten dient. Wo sie an der Macht ist, setzt sie Sozialabbau und Politik für die Reichen das um. Der Kulturkampf ist eine Strategie, um die eigene Machtübernahme ideologisch vorzubereiten.

Die Sackgasse des „kleineren Übels“

Die Reaktion des Establishments und auch der ÖGB-Führung auf diese Bedrohung ist brandgefährlich: Ihre Logik „des kleineren Übels“ zur Systemstabilisierung führt dazu, dass wieder nur bei uns gespart wird. SPÖ/ÖVP/Neos im Bund und SPÖ/Neos in Wien kürzen bei den Schwächsten. Durch den immer weiteren Spagat zwischen pseudo-sozialer Rhetorik und neoliberaler Politik wird der Lebensstandard der meisten durch Marterbauer & Co weiter abgesenkt und damit zur Wahlhilfe für die FPÖ.

Ein Schulterchluss mit jenen Kräften, die für Privatisierungen und Sozialabbau verantwortlich sind – also auch die SPÖ –, entwapfnet die Gewerkschaften. Die Folge sind Lohnabschlüsse weit unter der Inflation, selbst dort, wo Profite sprudeln. Wer glaubt, die FPÖ könne durch taktisches Wählen oder Verharmlosung gestoppt werden, ignoriert die Tiefe und die Ursachen der Krise.

Organisieren und System überwinden: Neue Arbeiter*innen-Partei

Der einzige realistische Ausweg liegt jenseits des parlamentarischen Geplänkels. Wir müssen die reale Angst vor einer Kickl-Regierung ernst nehmen und sie in organisierten Widerstand verwan-

deln. Aus den betrieblichen und sozialen Kämpfen kann die Basis für eine Neue Arbeiter*innenpartei gelegt werden. Das ist unrealistisch? Angesichts einer bürgerlichen Demokratie, die weltweit demokratische Rechte abbaut und zerfällt, ist der Glaube an eine Rückkehr zur „guten alten Zeit“ die eigentliche Utopie. Die Überwindung des Systems, das den Nährboden sowohl für rechten Hass als auch soziale Not legt, ist nötig. Der Kampf gegen Kickl beginnt nicht an der Wahlurne, sondern bei der Organisation des Widerstands gegen die Lohnkürzungen und den Sozialabbau.

Diese neue Partei darf den Kapitalismus nicht bloß besser verwalten wollen, sondern muss für eine echte, sozialistische Alternative zum kapitalistischen Chaos kämpfen. Das erfordert ein konkretes Kampfprogramm, das die Personalvertretungen, Betriebsräte und Gewerkschaften zur Mobilisierung zwingt – auch wenn das die Gewerkschaften in Opposition zur SPÖ bringt:

- Lohnerhöhungen über der Inflation sowie eine laufende automatische Anpassung der Einkommen an die Teuerung.
- Massive Investitionen in Pflege, Soziales und Bildung, finanziert durch die Besteuerung von Millionenvermögen und Gewinnen.
- Vergesellschaftung der Banken sowie der Energie-, Lebensmittel- und Wohnkonzerne, um die Preise als ersten Schritt demokratisch durch Vertretungen der Arbeiter*innenbewegung zu kontrollieren.

Lohnrunden und kapitalistische Krise: Kämpfe gewinnen wird härter - sozialistische Strategie ist nötig

Österreich kommt nicht aus der Krise und die Angst um den Job nimmt in vielen Branchen zu, die Unternehmen stehen bei den Lohnrunden auf der Bremse. Die Gewerkschaftsführung ist tief in der Logik der Sozialpartnerschaft verwurzelt und glaubt den Unternehmen mit „Rücksicht auf die Krise“ entgegenkommen zu müssen. Sie hat „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut“ tief verinnerlicht.

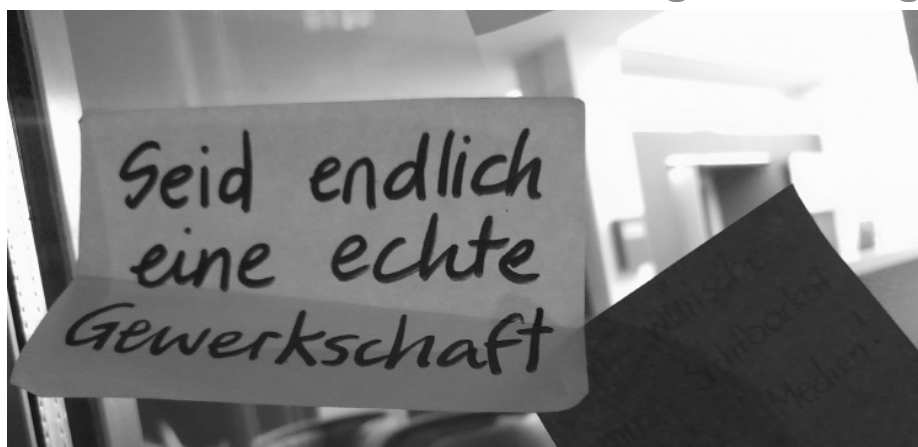
Daher hat die Metallindustrie kampflos mit Reallohnverlusten abgeschlossen, bei Öffentlichem Dienst und Handel wurde der zweijährige Abschluss wieder aufgemacht und verschlechtert. Gekämpft wird oft nur dafür, überhaupt in die Nähe dieser schlechten Abschlüsse zu gelangen. Bringt da Kämpfen überhaupt was? Die Antwort ist ja, aber wir brauchen dafür verschiedene Zutaten.

Von Laura Rafetseder, SO Wien

Die Unternehmen fahren einen härteren Kurs, da es in vielen Branchen nötig ist, die Lohnstückkosten zu senken, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Auch die Gewerkschaftsführung nimmt „Rücksicht auf die Krise“. Trotzdem kann kaum ein Abschluß rein am Verhandlungstisch erzielt werden. Die Gewerkschaft ist gezwungen, zu mobilisieren - unter der Gefahr, dass es an der Basis eine Eigendynamik für mehr gibt. Denn Kämpfe lassen sich nicht einfach wie ein Wasserhahn auf- und zudrehen.

In manchen Bereichen aber gibt es bereits eine Organisation an der Basis bzw. Betriebsräte, die bereit sind, Kämpfe zu organisieren: es gab Streiks im Sozialbereich, in den Ordensspitälern in Oberösterreich (u.a. für eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohn und Personalausgleich) und bei der Sigmund Freud Uni. Im IT Bereich wurde über Streiks diskutiert.

“Wir hatten schon vor dem Streik ganz viele Betriebsversammlungen... auch zu den Entscheidungen, wie wir vorgehen sollen und auch zu den Forderungen.”
Betriebsratsmitglieder der
Sigmund Freud Uni



Ja, der Kapitalismus ist in der Krise. Nein, wir können auf die armen Unternehmen nicht Rücksicht nehmen - wir wollen alle Firmenunterlagen sehen und wissen, wo das Geld hinfließt, das wir erwirtschaften. Ja, es gibt Personalabbau - aber wir können Kämpfe für mehr Lohn UND gegen Jobabbau verbinden. Streiks sind ein legitimes und effektives Mittel zur Verteidigung unserer Lebensstandards, sie schaffen Bewusstsein und nötige Kampferfahrung. Aber wenn z.B. ein Betrieb geschlossen werden muss, braucht es eher Betriebsbesetzungen als einfach nur Streik.

“Was ich mir von der Gewerkschaft erwarten würde, ist, dass man aktuelle Auseinandersetzungen gerade rund um KV-Verhandlungen miteinander verbindet und gemeinsame Aktionen startet.”
Wolfgang Fischer,
Betriebsrat in einem IT-Betrieb

Kämpfe können gewonnen werden, je geschlossener und flächendeckender sie sind, sodass nicht eine Branche gegen die andere ausgespielt wird. Und wenn es eine Eskalationsstrategie gibt und wir eine Gewerkschaftsführung haben, die bereit ist zu kämpfen.

Wie es geht zeigt “Bildung im Mittelpunkt”, die Wiener Freizeitbetreuer*innen: es gibt viel Kampferfahrung mit aktiven Streikversammlungen, bei denen über Forderungen und Inhalte diskutiert wird. Sie haben ein demokratisch gewähltes Streikkomitee und gehen im Streik mit Demonstrationen nach außen, um sichtbar zu sein.

“Bei den Streiks in den Ordensspitälern 2011 haben wir ... gemerkt, da gibt es massive Unterstützung aus der Belegschaft und außerhalb, das wussten wir bis dahin nicht.”
Hannes Wölflingseder,
Betriebsrat bei den Barmherzigen
Schwestern Wien

Gerade wenn mit Menschen gearbeitet wird, braucht es die Einbindung der Betroffenen, damit diese nicht gegen den Streik aufgehetzt werden können. Die Ordensspitäler haben z.B. in ihrem Streik das Motto des Charité-Streiks 2015 “Mehr für uns ist besser für alle” aufgegriffen. Nach den Streiks in den Ordensspitälern 2023 gab es Abstimmungen über das Verhandlungsergebnis - ein Ergebnis des Drucks von unten durch kämpferische Beschäftigte und Betriebsräte.

Ein erster Schritt in Richtung branchenübergreifende Vernetzung war das Treffen am 23.1. von Betriebsrät*innen und Gewerkschaftsaktivist*innen initiiert von Sowieso, dem Bündnis gegen Sozialkürzungen in Wien. Anwesend waren Beschäftigte aus verschiedensten Bereichen. Es wurde dabei über Streikerfahrungen diskutiert, warum in der kapitalistischen Krise kämpfen nötig ist und wie Organisation für die Umwandlung der Gewerkschaften in kämpferische und demokratische Organe gehen kann. Wir müssen uns unabhängig an der Basis organisieren, weil wir uns den Kurs der Gewerkschaftsführung, die Kämpfe abdreht, anstatt sie zu führen, nicht leisten! Diesem ersten Treffen müssen weitere folgen!

Nein zur Verlängerung von Wehr- und Zivildienst! Nein zu Aufrüstung und Ausbeutung

Eine von der ÖVP-Verteidigungsministerin eingesetzte Kommission fordert die Verlängerung des Wehrdienstes. In welcher Form genau, ist noch offen und kann in der Koalition noch zu Reibereien führen. Die momentan am offensivsten propagierte Variante ist ein auf acht Monate verlängerter Wehrdienst (statt sechs) und zusätzlich Milizübungen von zwei Monaten. Gerechtfertigt werden diese Forderungen damit, dass das Bundesheer im Ernstfall verteidigungsfähig sein müsse, v. a. gegen Russland. Deshalb wird trotz Sparkurs aufgerüstet. 2026 sollen insgesamt 4,8 Milliarden Euro ins Bundesheer investiert werden, das sind 370 Millionen mehr als 2025.

Von Anna Hiermann, SO Wien

Es geht jedoch v.a. um die Sicherung wirtschaftlicher Interessen. So sind unter dem Deckmantel der "Friedenssicherung" österreichische Soldat*innen am Balkan stationiert - einem zentralen wirtschaftlichen Zielgebiet österreichischer Firmen. Die Stärkung des Bundesheeres dient ebenso gegen "innere Gefahren". Daher übt das Bundesheer Einsätze gegen Demonstrationen und Streiks...

Länger billige Arbeitskräfte

Damit einhergehend soll der Zivildienst von neun auf bis zu 12 Monate verlängert werden. Angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise ist das kein Zufall. Zivildienstler sind billige Arbeitskräfte, die in Bereichen wie Pflege, Kinderbetreuung und Rettungsdienst eingesetzt werden. Die Grundvergütung liegt derzeit bei gerade einmal 605,56 Euro pro Monat. Ein finanziell unabhängiges Leben wird Zivildienstlern somit verwehrt. Außerdem wird ihnen innerhalb der neun Monate gerade einmal zwei Wochen Urlaub zugestanden. Zusätzlich leiden viele von ihnen unter unregelmäßigen Arbeitszeiten und Überstunden.

Beispielsweise ist es erlaubt, Zivildienstler bis zu 15 Stunden am Tag und bis zu 60 Stunden pro Woche arbeiten zu lassen. Im Gegensatz zum Bundesheer



besteht gegenüber diesen Branchen nämlich kein politischer Wille zur Ausfinanzierung.

Echte Sicherheit = Soziale Sicherheit

Statt in Aufrüstung muss Geld in tatsächliche Sicherheit investiert werden. In die Sicherheit des Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereiches. Außerdem muss Zivildienstern eine angemessene Bezahlung und eine Gleichstellung bei Arbeitszeiten und Urlaub zustehen. Davon würden auch andere Beschäftigte in diesen Bereichen profitieren, wenn niemand mehr als Lohnrdrucker eingesetzt werden kann. Beim Bundesheer braucht es endlich grundlegende demokratische Rechte für Soldat*innen, wie z.B. die Wählbarkeit, sowie Abwählbarkeit von Offizier*innen.

Eine Bewegung gegen die Verlängerung von Wehr- und Zivildienst muss daher mit Forderungen für echte Verbesserungen verbunden werden. Das sind keine reinen "Jugendthemen", sondern das betrifft alle Beschäftigten - die Gewerkschaften sind also zuständig, hier Widerstand zu organisieren!

Schulstreik in Deutschland gegen Militarisierung und Wehrpflicht

In ganz Europa gibt es Versuche, die Wehrpflicht zu verlängern oder (wieder) einzuführen. Am 5. Dezember 2025 streikten daher in mehr als 100 Städten in Deutschland Schüler*innen gegen die bisher noch "freiwillige" Wehrpflicht. Sie befürchten, dass diese sich zu einer verpflichtenden Wehrpflicht entwickelt, da sich zu wenige freiwillig melden. Laut Umfragen befürworten bei den 18-28-jährigen nur 30 % eine Wehrpflicht und lediglich 14 % sind selbst dazu bereit.

Die Proteste waren insgesamt noch kleiner als die Schulstreiks von Fridays for Future oder gegen den Irak-Krieg 2003. Die räumliche Ausdehnung auf zahlreiche Städte spiegelt jedoch die Sorge vieler junger Menschen wider. Damit die Proteste nicht im Sand verlaufen, fordert unsere Schwesterorganisation SOL, die sich in einer Reihe von Städten aktiv am Schulstreik beteiligte, eine bundesweite Konferenz gegen die Wehrpflicht. Sie betonte außerdem den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau, um die Proteste auch auf Erwachsene zu erweitern und mit "echten" Streiks die Kampfkraft zu erhöhen.

Die SOL fordert massive Investitionen in Bildung, Gesundheit und Soziales statt in Ausrüstung. Schließlich fehlt das Geld, das in die Bundeswehr gesteckt wird, in genau diesen Bereichen. Außerdem braucht es ein Verbot von Waffenexporten, sowie den Austritt aus der NATO. Weitere Forderungen sind das Verbot von Werbung für die Bundeswehr, besonders an Schulen und Unis und die Enteignung der Rüstungskonzerne und deren Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung.

Mehr unter: www.solidaritaet.info

Kein Ausweg aus der Wirtschaftskrise?

Der Kapitalismus ist in einer strukturellen Krise

Österreichs Wirtschaft steckt in der Krise. Daran ändern auch die jüngsten Prognosen nichts, die für 2026 ein schwaches Wachstum über dem Nuller prognostizieren. Wobei es sehr unsicher ist, ob selbst das Realität wird. Denn die internationalen Risiken wie Trumps Zollpolitik, drohende und aktuelle Krisen etc. sind hoch und kleine Volkswirtschaften sind besonders abhängig von internationalen Entwicklungen. Die Regierung versucht gegen zu steuern, aber nichts scheint zu wirken.

Von Sonja Grusch, SO-Wien

Anfang des Jahres kündigte die Regierung ein Industriepaket an. Ein wesentlicher Punkt ist ein staatlich subventionierter vergünstigter Strompreis für die Industrie sowie weitere staatliche Unterstützungen. Während Rotes Kreuz & Co. von immer mehr Fällen berichten, wo sich Menschen aus Geldmangel zwischen Heizen und Essen entscheiden müssen, erhalten große Industrieunternehmen großzügig staatliche Unterstützung. Oft sind es wohl dieselben Firmen, die laut nach "weniger Staat" rufen - und damit Sozialabbau meinen. Wie die Verbindungen hier laufen, zeigt ein weiteres Beispiel: Das Wirtschaftsministerium beauftragte das "unabhängige" Institut Eco Austria mit einer Studie zu Problemfeldern und Lösungen. Warum das Ministerium derartige Untersuchungen trotz hausinterner Expert*innen nicht selbst macht, ist die eine Frage. Die Unabhängigkeit von Eco Austria, das 2011 mit Unterstützung und Geldern der aggressiv-neoliberalen Industriellenvereinigung gegründet wurde, ist die andere. Da ist es dann kein Zufall, wenn die Studie als Lösungen Senkung der Lohnnebenkosten, "Bürokratieabbau" und weniger Regulation am Kapitalmarkt fordert.

Kosten senken um jeden Preis

Die Krise der Wirtschaft und insbesondere der Industrie ist real. Die heimischen Kapitalist*innen versuchen, auf den heiß umkämpften internationalen Märkten nicht noch weiter ins Hinter-

treffen zu geraten. Das ist auch der Grund für die Begeisterung darüber, dass Mercosur (trotz der fehlenden formalen Zustimmung durch die österreichische Vertretung) nach 25 Jahren beschlossen wurde. Das ist auch der Grund, warum der Export von Waffen künftig (noch) leichter wird.

Ihr Ziel ist die Senkung der Lohnstückkosten (also der effektiven Kosten pro erzeugtem Stück). Die Aufgabe der Regierung ist es, sie dabei zu unterstützen. Alles Gerede von sozialer Ausgewogenheit etc. wird angesichts dieser Herausforderung zur hohlen Phrase. Das zeigt einmal mehr, dass Staat und Regierung nicht die Interessen "des Volkes" oder "der Wähler*innen" vertreten, sondern letztlich der verlängerte Arm der Wirtschaftsbesitzer sind. Durch die Kürzungspakete von Bund und Ländern sollen Mitteln frei werden, um die Unternehmen (und ihre Profite) zu retten. Das Problem dabei: die Krise ist eine strukturelle und nicht bloß eine Delle, auf die ein solider Aufschwung folgt. Die negativen Rekorde bei Pleiten und Betriebsschließungen werden also nicht so einfach zu stoppen sein.

Jede Maßnahme, die die Regierung setzt, um ein Loch zu stopfen, reißt ein anderes auf. Subventionen der Industrie-Energie erhöhen die Staatsverschuldung ebenso wie die steigenden Rüstungsausgaben. Die Industrie wird also auf Kosten einer höheren Schulden- und Zinslast gestützt. Ein großer Hebel sind die Lohnkosten: eine Senkung der Lohnnebenkosten entlastet die Unternehmen, bedeutet aber gleichzeitig Sozialabbau. Schon jetzt deckt das Gesundheits- und Bildungswesen die Bedürfnisse nicht mehr ab. Immer weniger aber können diese Leistungen privat dazu kaufen, weil gleichzeitig auch die Löhne und Gehälter sinken.

Lohnverzicht ist keine Lösung

Die Gewerkschaftsführungen agieren brav und "vernünftig". Sie setzen die Forderung nach "moderaten" Abschlüssen über die Köpfe und zu Lasten der Beschäftigten um. So gut wie alle Abschlüsse der letzten Monate, vom Metallbereich über Handel und Öffent-



lichen Dienst bis zum Sozialbereich, bedeuten Reallohnverluste. Das bedeutet aber auch, dass die große Masse der Konsument*innen weniger Geld zum Ausgeben hat. Und weil man weiß, dass man sich auf das Gesundheitswesen und die Pension nicht mehr verlassen kann, wird versucht, einen Spargroschen anzulegen. Genau das aber das gefällt den Vertreter*innen der Wirtschaft gar nicht: die Propaganda steigt, dass wir alle unser Geld "investieren" sollen, dass wir zu "konservativ" sind, wenn wir nicht in Aktien gehen, sondern in sicherere Sparformen. Schon Schüler*innen sollen von den angeblichen Vorzügen der (hochriskanten) Finanzprodukte überzeugt werden. Der Hintergrund: die Unternehmen wollen unser Geld, um ihres nicht einsetzen zu müssen. Denn sie glauben selbst nicht an einen Aufschwung, wie Umfragen zeigen, daher investieren sie nicht, sondern spekulieren und werden immer krimineller. Mehr als verdoppelt hat sich in den letzten 10 Jahren die Wirtschaftskriminalität...

Lohnverzicht schwächt allerdings nicht nur die Kaufkraft, sondern rettet auch keine Jobs - eben weil die Krise strukturell ist. Während viele Kapitalist*innen mit teils legalen, aber windigen Konstruktionen weitgehend ungeschoren bei einer Pleite davon kommen, verlieren Tausende oder sogar Zehntausende ihren Job. Auch die Inflation hat ihre Ursache nicht in "zu hohen" Lohnabschlüssen. Die Lüge von der Lohn-Preis-Spirale wird immer und immer wieder von Kapitalist*innen und Politiker*innen (insbesondere von der ÖVP) wiederholt - was sie nicht wahrer macht!

Die Gewerkschaftsführung darf sich nicht darauf beschränken, für die Unternehmen "Krisenabschlüsse" zu zimmern und bei Jobabbau mit Sozialplänen lediglich "Sterbehilfe" zu betreiben. Stattdessen muss sie ernsthaft mobilisieren und Forderungen nach Realloohnerhöhungen mit dem Kampf um jeden Arbeitsplatz verbinden. So könnten sowohl Kürzungen von Bund und Ländern als auch Personalabbau zurückgeschlagen werden - und echte Verbesserungen erkämpft werden. Das geht allerdings nur, wenn sich die Gewerkschaften endlich aus dem engen Korsett der angeblichen kapitalistischen Sachzwänge befreit.

Ja, es gibt eine Lösung! Eine sozialistische!

Alle Hoffnung auf eine Lösung im Rahmen der kapitalistischen Logik wird an den Widersprüchen des Systems scheitern. Die SPÖ, aktuell verantwortlich für harte Kürzungen, hoffte, ihr Image durch die jüngst angekündigte Mehrwertsteuersenkung aufzupolieren. Pro Person werden wir uns ab Sommer lächerliche 2,5 Euro (kein Tippfehler!) ersparen... Auch lokale, solidarische Gegenkonzepte können die Löcher bestenfalls vereinzelt und kurzfristig stopfen. In einem falschen System kann es letztlich keine richtige (Wirtschafts-)Politik geben.

Die Herrschenden sind bereit, ihr kaputtes System mit immer brutaleren Mitteln zu verteidigen. Die internationale Aufrüstung dient nicht nur der Verteidigung nationaler Kapitalinteressen gegen andere, sondern auch gegen die "eigene" Bevölkerung, wenn sie für ihre Interessen auf die Straße geht. Wie ein zunehmend repressiver Staat vorgeht, sehen wir nicht nur in den USA, sondern den Abbau demokratischer Grundrechte vollziehen Regierungen auch im angeblich so demokratischen Europa. Die Zerstörung der Umwelt und das Überschreiten verschiedenster ökologischer Kippunkte ist ebenso lebensbedrohlich für die Menschheit wie die immer mehr zunehmenden Krisenherde, bewaffnete Konflikte und Kriege.

All das bedeutet NICHT, frustriert aufzugeben oder sich auf kleinteilige "solidarische Projekte" zurückzuziehen. Denn es gibt nicht nur Trump, Krieg und Gefahr, es gibt auch die Gen Z Proteste, Generalstreiks und die Erfolge von ein-



deutig linken Kandidat*innen. Es gibt die Suche nach einer echten Alternative - einer echten Arbeiter*innen-Partei und nach einem alternativen System. Es ist möglich, die Produktion auf Nachhaltigkeit umzustellen und vorausschauend und bedürfnisorientiert zu planen. Es ist möglich, Arbeitskräfte nicht auszubrennen, sondern dort einzusetzen, wo es gesellschaftlich sinnvoll ist. Es ist möglich, den existierenden gesellschaftlichen Reichtum für ein würdevolles Leben für alle und die Abschaffung von Armut einzusetzen. All das ist keine Utopie, sondern eine Notwendigkeit. Die

existierenden Kämpfe brauchen eine Organisation, die sie zusammenführen und ein Programm hat, das über den Tellerand des Kapitalismus hinaus schaut. Ein sozialistisches Programm, das beim gewerkschaftlichen Kampf um jeden Job ansetzt und diesen mit dem politischen Kampf gegen Unterdrückung, gegen Sozialabbau und gegen Demokratieabbau verbindet. Ein Programm und eine Organisation, die über den engen und gefährlichen Tellerrand der kapitalistischen Profitwirtschaft blicken und eine andere, eine sozialistische Welt erkämpfen.

Es gibt keinen Kapitalismus ohne Krisen

Das kapitalistische System wurzelt in einer Reihe von Widersprüchen, die immer wieder zu Krisen führen. Marx und Engels haben diese Widersprüche schon im 19. Jahrhundert aufgezeigt: Die Produktion dient Profiten und nicht menschlichen Bedürfnissen. Lohn/Gehalt bezahlen nicht die Leistung, sondern orientieren sich an den Kosten für den Erhalt der (Ware) Arbeitskraft. Die Firmen bezahlen also nicht die von den Beschäftigten geschaffenen Werte, sondern streifen den "Mehrwert" ein. Eine kleine Schicht profitiert von den Reichtümern der Gesellschaft, die von allen geschaffen werden. Damit steht der gesellschaftlichen Produktion die private Aneignung gegenüber.

Maschinen werden immer wichtiger, aber geben nur die menschliche Arbeit, die in ihnen steckt, weiter. Nur menschliche Arbeit kann neue Werte schaffen und so den gesellschaftlichen Reichtum vergrößern. Mehr Technologie verschafft zwar kurzfristig einzel-

nen Firmen einen Wettbewerbsvorteil, fördert aber die Tendenz, die Rentabilität des eingesetzten Kapitals (die Profitrate) zu senken. Investitionen rechnen sich immer weniger und das Kapital weicht in Spekulation aus, Blasen werden größer (Immobilienblase, Kryptoblase, KI-Blase...).

Verschlimmert wird das durch Chaos und Desinformation: Aus Konkurrenzgründen werden Informationen geheim gehalten. Das führt zu Über- bzw. Unterangeboten in verschiedenen Bereichen. Es gibt keine Nachhaltigkeit, weil die Folgekosten der Gesellschaft auferlegt werden. Jedes Land versucht, „seiner“ Wirtschaft Vorteile am Weltmarkt zu verschaffen, was zwangsläufig zu (auch militärischen) Konflikten führt. Eine Krise jagt die andere, die Erholungen werden schwächer und kürzer. Das kapitalistische System steckt - wieder einmal - in einer existentiellen Krise, die sich allerdings nicht von alleine lösen wird.

Wer K(apitalismus) sagt, muss auch K(rieg) sagen

Am 26.1.26 veröffentlichte das Bundesheer ein „Risikobild 2026“. Es trägt den Titel „Ende der Ordnung?“. Was ist damit gemeint?

Von Margarita Wolf, SO Wien

Die österreichische Regierung will damit erklären, dass die ruhigen, geordneten Zeiten vorbei sind. Jetzt heißt es zusammenrücken, aufrüsten und den Gürtel enger schnallen, damit wir „uns“ im Ernstfall verteidigen können. Doch das ist Propaganda, die wir bekämpfen

1.450 Konflikte weltweit



Die Anzahl globaler Konflikte stieg von 1.200 (2023) auf prognostizierte 1.450 im Jahr 2025.

müssen, genauso wie wir die existierenden Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen müssen. Die Welt wird zunehmend unsicherer. Die Zunahme militärischer und wirtschaftlicher Konflikte ist Ausdruck für die tiefe Krise, in der sich das gesamte kapitalistische System befindet. Die Angst vor Kriegen steigt und die Menschen und vor allem Jugendlichen machen sich ernsthaft Sorgen um die Zukunft.

UNO & EU – Mittel zum Zweck

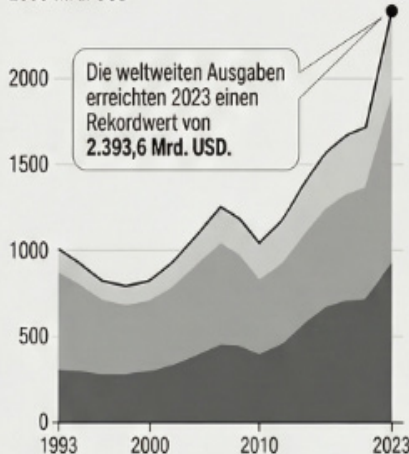
UNO und EU stellen sich gern selbst als Instrumente des Friedens dar. Aber wie alle kapitalistischen Institutionen vertreten sie letztendlich die Interessen der herrschenden Klasse. UNO und EU existieren gemeinsam mit IWF und WTO, um die Weltordnung als solche aufrechtzuerhalten. Die zentrale Aufgabe der EU ist es, das europäische Kapital in der Konkurrenz zu USA, Russland

und China zu stärken. Die Aufgabe der UNO ist es, die Welt unter den Nationen „aufzuteilen“ und mit Unterorganisationen wie der UNICEF die eine oder andere Härte abzufedern, ohne an der eigentlichen Ungerechtigkeit etwas zu ändern. Sie ist kein Friedensprojekt, auch weil die großen Fünf (USA, China, Frankreich, GB, Russland) entscheiden, welche Militärinterventionen auf der UNO-Tagesordnung stehen. Dabei geht es um Deals zwischen den imperialistischen Interessen dieser Staaten in der neo-kolonialen Welt, die aber selbst ein Spielball bleibt. Welche Aufgabe das österreichische Bundesheer hat, wird deutlich, wenn wir auf den Balkan schauen. Dort sind seit Ende des Krieges vor über 30 Jahren Soldaten stationiert. Ihre Aufgabe dort? Die imperialistischen Interessen Österreichs in der Region stärken.

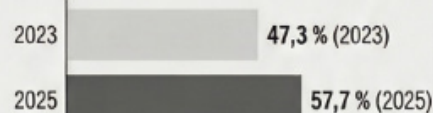
Explosion der Militärausgaben



2500 Mrd. USD



Massiver Anstieg der Kriegsangst



Die Sorge vor Kriegen stieg innerhalb von zwei Jahren von 47,3 % auf 57,7 %.

Was können wir aber tun?

Frieden schaffen weder diese Institutionen noch „Friedenserziehung“. Aber wir können im eigenen Land gegen die eigenen Kriegstreiber*innen und/oder deren Profiteur*innen kämpfen. Firmen wie Steyr, Man oder Schiebel die militärisches Gerät oder Teile dafür produzieren, gehören enteignet und die Produktion umgestellt. Die Beschäftigten können mit Streiks und Betriebsbesetzung transparente Informationen und Veränderungen der Produktion erreichen. Proteste und Streiks gegen Aufrüstung und Sparpakete, v.a. wenn zu Gunsten der Rüstungsausgaben „gespart“ wird, sind ebenfalls wichtig. Die Generalstreiks in Italien haben 2025 gezeigt, wie eine wahre Anti-Kriegsbewegung aussehen kann. Gefordert wurde Frieden für Gaza und gleichzeitig stellte man Forderungen für einen Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, garantierte Wohnrechte und eine kostenlose und flächendeckende Gesundheitsversorgung. Für die Streikenden war klar: der Gegner ist im eigenen Land an der Macht.

Eben weil Kapitalismus zwangsläufig zu Krieg führt, muss eine ernsthafte Friedensbewegung antikapitalistisch und international sein. In ihrem Zentrum braucht es Organisationen/Parteien der Arbeiter*innenklasse, die internationale Solidarität leben und deren Ziel die sozialistische Umwälzung der Weltordnung ist. Denn am Ende kann nur der Sozialismus die globalen Kriege beenden. Ein System, das sich an den Bedürfnissen der Mehrheit der Menschen, der arbeitenden Bevölkerung orientiert, wird auch das Bedürfnis nach Frieden erfüllen.

Revolution beendet Krieg!

In der Geschichte gab es ein herausragendes Beispiel für eine erfolgreiche Antikriegsbewegung – die Russische Revolution von 1917. Mit der Parole „Land, Frieden, Brot“ organisierte sie die Arbeiter*innenklasse und Bauernschaft in Russland wie auch die Soldaten gegen das Blutvergießen des 1. Weltkrieges. Die Verbindung vom Kampf gegen Krieg mit dem Kampf für eine Umverteilung und die Abschaffung des kapitalistischen Systems bildete das Erfolgsrezept.

Die Bildung von Sowjets (Räten) gerade auch unter Soldaten war dabei essenziell. Die Revolution zeigte den Arbeiter*innen in anderen Ländern, wie der Krieg beendet werden kann. In Österreich kam es zum Jännerstreik 1918, der zentral gegen den Krieg gerichtet war, aber auch für Verbesserungen der sozialen Lage der Arbeiter*innenklasse kämpfte. Die sozialdemokratische Führung verriet beides und half mit, den Krieg zu verlängern und den Kapitalismus am Leben zu halten...

Nach Attacke gegen Venezuela: Steht die kubanische Revolution vor dem Ende?

Um von innenpolitischen Problemen abzulenken, will das Trump-Regime außenpolitisch punkten. Mit der Attacke gegen Venezuela, der Entführung von Präsident Maduro und der Kapitulation der provisorischen Staatspräsidentin Rodríguez, haben US-Konzerne Zugriff auf das venezolanische Öl bekommen. Als nächstes ist Kuba dran. Ein totales Öl-Embargo soll die Lichter ausgehen lassen und das verhasste Regime stürzen. Die Linie hat Trump klar vorgegeben: jetzt Kuba, dann sollen Nicaragua, Kolumbien und Mexiko folgen.

Von Gerhard Ziegler, SO Linz

Seit dem Sieg der Revolution 1959 ist Kuba dem US-Imperialismus ein Dorn im Auge. Das Regime hat sämtliche Betriebe verstaatlicht (die zuvor oft im Eigentum von US-Kapitalist*innen waren) - sie stehen aber seitdem unter Kontrolle der Staatsbürokratie und nicht der Arbeiter*innen - und eine Reihe sozialer Reformen durchgeführt. V.a. Bildung und Gesundheit stehen allen gratis zur Verfügung. Die Kubanische Revolution wurde so international und v.a. in Lateinamerika zum Symbol und Vorbild des antiimperialistischen Kampfes.

Die anderen Länder auf Trumps Agenda gingen nicht so weit. Sie woll(t)en innerhalb des Kapitalismus mit Reformen soziale Verbesserungen für die Arbeiter*innen und Unterdrückten umsetzen, stoßen dabei aber immer wieder an die engen kapitalistischen Grenzen. Jetzt gerät auch diese Politik ins Visier jener



Teile des US-Kapitals mit Trump an der Spitze, die auf einen aggressiveren imperialistischen Kurs setzen.

Die totale Ölblockade trifft Kuba existentiell. Seit dem Zusammenbruch der wichtigsten Devisenquelle, dem Fremdenverkehr 2020 wegen COVID, kommt es in Kuba zu täglichen Stromabschaltungen bis zu 18 Stunden! Das extrem importabhängige Land befindet sich in einer tiefen Wirtschaftskrise mit Engpässen bei Lebensmitteln, Treibstoffmangel und hoher Inflation. Der totale Treibstoffausfall stoppt jetzt zusätzlich Flug- und damit Fremdenverkehr. Die Unterstützung fürs Regime, das keinen Ausweg anbietet, sinkt weiter.

Denn das stalinistische Regime sucht sein Heil in Verhandlungen. Aber ohne Druckmittel könnte letzten Endes die Kapitulation stehen. Dann würde Kuba den US-amerikanischen Konzernen ausgeliefert werden. Marco Rubio, der kubanisch stämmige US-Außenminister, hat sich schon festgelegt: "Das Regime muss fallen!" Aber um die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen,

wird es notwendig sein, einen Zweifrontenkrieg aufzunehmen: Gegen den US-Imperialismus und gegen die kubanische Staatsbürokratie. Statt Bündnisse mit repressiven kapitalistischen Regimen wie Russland, China oder dem Iran einzugehen wäre es notwendig, die Massen der Arbeiter*innen und Armen zu mobilisieren: Für einen gemeinsamen antiimperialistischen Kampf zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften, gegen den Ausverkauf nationaler Ressourcen an ausländische Mächte (egal ob USA, Russland oder China) und gegen wirtschaftliche und politische Erpressung und Bedrohung durch die USA. Dazu sind die Herrschenden in den bedrohten Ländern - Kuba eingeschlossen - nicht bereit. Sie arrangieren sich lieber mit den Angreifern, auch weil sie fürchten, dass die einmal mobilisierten Massen weitergehen und für echte sozialistische Lösungen kämpfen könnten. Sie könnten soziale mit demokratischen Forderungen verbinden: wer kontrolliert die Betriebe, wie wird ein Wirtschaftsplan erstellt etc. Das wäre kein leichter, aber der einzig wirksame Weg für die unterdrückten Massen in Kuba, Venezuela und ganz Lateinamerika.

Augenzeugenbericht aus Kuba

Im Gesundheitssystem gibt es zunehmenden Mangel an Ärzt*innen und anderem Gesundheitspersonal, was zu Schwarzzahlungen für bessere bzw. raschere Behandlung führt. Der Mangel entsteht durch Abwanderung in andere, besser bezahlte Berufe (oft im Tourismus) oder Emigration. Medikamente gibt es in den Apotheken nicht mehr. Sie müssen im halblegalen Straßenhandel teuer gekauft werden - z.B. kostet eine einzelne Tablette Paracetamol 2-300 Peso, bei einem Mindestgehalt von 3.000 Peso.

Konsumgüter und viele Lebensmittel müssen importiert und in staatlichen Läden gegen Devisen gekauft werden. Die Lohnzahlung erfolgt aber in Peso. Nur in Tourismus und Gastgewerbe (Trinkgelder) sowie durch ausgewanderten Verwandten hat man Zugang zu Devisen um in den Devisenläden einzukaufen. Der halblegale Schwarzhandel kauft Devisen gegen Peso, dann mit den Devisen Waren in den Devisenläden die dann im im Straßenhandel weiterverkauft werden. Das treibt die Inflation weiter an.

Mehr über die Arbeit des CWI



Die Sozialistische Offensive ist die österreichische Sektion des Komitees für eine Arbeiter*innen-Internationale (CWI/KAI). Auf der CWI-Seite gibt es Ana-

lysen und Berichte über Bewegungen, Kampagnen und Proteste und vieles mehr aus allen Teilen der Welt - aus marxistischer Perspektive.

USA zwischen Trump und Massenprotesten

Droht den USA ein Bürgerkrieg - oder ist USA gar faschistisch?

Die ICE-Todesschüsse und die Vorgänge in Minneapolis und Portland sowie der Einsatz der Nationalgarde in demokratisch regierten Städten zeigen, wie weit der bürgerliche Staat im Rahmen der ganz normalen kapitalistischen Demokratie gehen kann. Dass Trump dennoch eine gewisse Unterstützung hat, ist Ausdruck einer tiefen gesellschaftlichen Polarisierung wie auch einer Spaltung unter den Herrschenden selbst. Die "gemäßigtere" Strategie der Demokraten ist aus Sicht von Teilen des US-Kapitals in der aktuellen wirtschaftlichen und internationalen Lage immer weniger zielführend.

Von David Kurz, SO Niederösterreich

Für viele gilt die tiefgreifende Polarisierung der USA als Warnsignal. Aber der Wahlsieg von Mamdani in New York (und weitere demokratische Wahlsiege) und die Massenproteste bis hin zu Streiks gegen ICE und Trump zeigen, dass in den USA nicht der Faschismus die Macht ergriffen hat. Die Polarisierung hat eben auch die Seite des Widerstandes und der ist enorm. Trumps Angriffe auf unterschiedliche Teile der Arbeiter*innenklasse und seine rassistischen, sexistischen und queerfeindlichen Maßnahmen sind gleichzeitig ein Zeichen seiner Schwäche. Er bekommt die Krise der Lebenshaltungskosten nicht in den Griff und seine Umfragewerte sinken. Daher setzt er auf Ablenkung und Repression. Die Trump Regierung ist mit MAGA auch die eines US-Imperialismus, der international in Bedrängnis ist.

Trumps Wahlsieg war nur eine Seite - gleichzeitig gab es in vielen Fragen einen Linksruck, aber ohne Ausdruck auf Wahlebene. Trumps Sieg war v.a. die Niederlage der Demokraten. Nun sinken seine Zustimmungswerte, während es gleichzeitig linke Lebenszeichen gibt, wie den Sieg von Mamdani. Er hat mit seinem Programm von Gratisbussen, kostenlosen Kindergärten, günstigen Lebensmittelläden und einer Senkung der immensen Wohnkosten viele Stimmen gewonnen, aber auch hohe Erwartungen geweckt.



Reform statt Revolution?

Gleichzeitig bricht Mamdani weder mit Demokraten noch Wall Street, genauso wenig legt er sich mit Trump an. Er ist Mitglied der Democratic Socialists of America (DSA) die gegen den Aufbau einer unabhängigen Arbeiter*innenpartei und für die Arbeit in der Demokratischen Partei sind. Mamdani selbst erklärte, dass er offen sei für eine Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Eliten, um „sein Reformprogramm zu finanzieren“. Viele DSA-Mitglieder in gewählten Positionen verschaffen der Demokratischen Partei ein linkes Feigenblatt, das progressive Themen anspricht - aber eben nicht umsetzt. Neben dem enormen Druck seitens der Establishment Demokrat*innen wird Mamdani auch unter Druck von seiner radikalisierten Basis und der Krise der Lebenshaltungskosten stehen.

Krise als Chance?

Jeder Versuch Mamdanis, die Stadt radikal zu reformieren, wird ihn nicht nur mit Trump, sondern auch mit der Demokratischen Partei konfrontieren und geht nur im Bruch mit ihnen. Eine Bewegung von unten und die Mobilisierung der Arbeiter*innenklasse und der Jugend in New York ist der effektivste Weg, Mamdani dazu zu bringen, sein Programm umzusetzen. Um den Druck auf Mamdani zu erhöhen, braucht es Massenversammlungen - organisiert von und unter Beteiligung von Gewerkschaften, Mieter*innenverbänden, Anti-ICE-Kampagnen, Studierendenorganisationen und allen, die für eine echte

„neue Ära“ kämpfen wollen.

Die Independent Socialist Group mit der das CWI zusammenarbeitet, schlägt vor, dass Kandidat*innen in großem Umfang kandidieren sollen, die unabhängig von Milliardär*innen und den beiden kapitalistischen Parteien sind. Gemeinsam mit der Organisation von Aktivist*innen gegen ICE wären das Schritte in Richtung einer Arbeiter*innenpartei. Der „Generalstreik“ in Minneapolis, auch wenn er eher ein Aktionstag war, ist besonders wichtig. Er hat Streiks als DIE Kampfform der Arbeiter*innenklasse ins Zentrum getragen. Grund ist die Zunahme gewerkschaftlicher Organisation und von Streiks in den letzten Jahren. Die Verbindung der sozialen Kämpfe gegen die Teuerung mit den politischen gegen Trump und seine Politik ist von zentraler Bedeutung - auch um Trump-Wähler*innen zu gewinnen. Denn es gibt eine wachsende Offenheit für Ideen, die das kapitalistische System in Frage stellen - und auch für sozialistische Ideen. Und es gibt Wunsch und Notwendigkeit für eine Arbeiter*innenpartei abseits des Zwei-Parteiensystems, die mit der kapitalistischen Zwangsjacke bricht. Eine sozialistische Politik in den USA, die beginnt, die wichtigsten und größten Teile der Wirtschaft zu übernehmen und diese demokratisch entsprechend den Bedürfnissen der Gesellschaft zu planen, würde die Weltlage entscheidend verändern und könnte den Beginn für eine sozialistische Welt legen.

Zum Weiterlesen:
www.independentsocialistgroup.org

Werde aktiv bei der SOZIALISTISCHEN OFFENSIVE

Wofür wir stehen:

- **Wir zahlen nicht** für die kapitalistischen Krisen. Gegen jede Form von Kürzung, Personalabbau und Privatisierung! Wenn sie behaupten, es ist kein Geld da: **Offenlegung aller Finanzunterlagen**, dann sehen wir, wohin der Reichtum geflossen ist, den wir geschaffen haben.

- Für einen **Mindestlohn von 2000.- netto** bei Vollzeit, die automatische Anpassung von Löhnen, Gehältern, Pensionen und Sozialleistungen an die Inflation und Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn und ausreichend mehr Personal.

- Statt Subventionen für Banken und Konzerne oder Aufrüstung brauchen wir ein **öffentliches Investitionsprogramm** bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Sozialem, Umwelt und Verkehr – finanziert durch die Profite!

- Nein zu jeder Form der Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft oder sexueller Orientierung. Gemeinsamer Kampf für **volle Rechte für alle, die hier leben** und für ausreichend Ressourcen für ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben.

- Entschlossener **Widerstand gegen rechte Politik**, egal ob im Parlament durch FPÖ/ÖVP oder auf der Straße durch faschistische Gruppen. Die Gewerkschaft hat eine besondere Verantwortung, gegen die rechte Gefahr und die Spaltung der Beschäftigten aktiv zu werden.

- Schluss mit Sozialpartnerschaft und faulen Deals: Bauen wir in den **Gewerkschaften** von unten Druck auf, um sie zu **echten Kampforganisationen** zu machen. Dazu gehört Streik als Kampfmaßnahme und echte demokratische Urabstimmungen über Verhandlungsergebnisse.

- Kein Vertrauen in SPÖ oder Grüne: sie sind Verantwortlich für Sozialabbau und Diskriminierung. Ihre Politik bremst die FPÖ nicht, sondern macht sie stark.

- Für den **Aufbau einer neuen Partei für Arbeiter*innen und Jugendliche mit sozialistischem Programm**. Politische Vertreter*innen dürfen nicht mehr verdienen als ein Durchschnittsgehalt und müssen auch abgewählt werden können.

- Das kapitalistische System funktioniert nicht, es schafft nur Krisen, Umweltzerstörung und Krieg. Die Antwort auf die wachsende Kriegsgefahr ist weder Aufrüstung noch Neutralität, denn Krieg ist eine notwendige Folge von Kapitalismus.

- Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte und grundlegende Verbesserungen mit einem Bruch mit dem Kapitalismus zu verbinden. **Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig.**

- Für eine **demokratische sozialistische Gesellschaft**. Sozialismus hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen in Sowjetunion oder Ostblock zu tun, aber auch nichts mit der Politik der SPÖ. Sozialismus bedeutet, dass die Betriebe in Gemeinbesitz sind und die Wirtschaft demokratisch durch die Arbeiter*innen, die den Reichtum schaffen, geplant und verwaltet wird. Dann stehen nicht mehr Profite, sondern die Bedürfnisse der Mehrheit im Zentrum. Armut, Kriege und die Zerstörung des Planeten sind dann Geschichte. Den Kampf der Arbeiter*innenklasse für eine solche Gesellschaft in Österreich und international zu unterstützen ist Ziel unserer politischen Arbeit.

Hier geht es zu unserem ausführlichen Programm:



Komm zu unseren Treffen:

Dir gefällt unser Programm? Du willst dich nicht mehr ärgern, sondern endlich selbst etwas tun? Dann komm zu unseren Treffen am Dienstag.

Du kannst **persönlich** kommen - Details hier:

www.sozialistischeoffensive.net/Termine zusätzliche **Veranstaltungen findest du auf unserer Homepage und unseren Social Media Kanälen.**

oder du kannst **online** teilnehmen - dann schreib uns, damit wir dir den Link zusenden können.



CWI - unsere Internationale

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiter*innen-internationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers' International“) und steht in den besten Traditionen der SLP. Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter*innen ein und organisiert Widerstand und Solidarität über Grenzen hinweg. Unser Ziel ist weltweit der Sturz des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau eines Zusammenschlusses von sozialistischen Demokratien.

www.socialistworld.net

Unterstütze unsere Arbeit

Wir sind politisch und finanziell unabhängig. Uns kann niemand mit Inseraten oder Subventionen das Maul stopfen: wir schreiben, was nötig ist. Aber unsere Arbeit kostet Geld. Wenn du den Kampf gegen Kapitalismus und rechte Politik auch finanziell unterstützen willst, dann spende uns. Einmal oder auch monatlich. Ein Dauerauftrag von 5,-, 10.- oder 20.- pro Monat finanziert z.B. wichtige Flugblätter und du bekommst regelmäßig unsere Publikationen.

IBAN: AT53 2011 1850 2391 0700

Kontakt

Instagram: @sozialistischeoffensive

Facebook: Sozialistische Offensive

Mail: redaktion@sozialistische-offensive.net

Website: sozialistischeoffensive.net



Kapitalismus = Krieg, Krise, Unterdrückung!

**Kapitalismus = Sexismus:
Echte Gleichberechtigung erkämpfen
statt leerer Versprechen!**

**Kapitalismus = Rassismus:
Gemeinsamer Kampf ist Aufgabe
der Gewerkschaften!**



Komm Vorbei!

Wir treffen uns regelmässig -
auch online-Teilnahme möglich.

DISKUTIEREN, ORGANISIEREN, KÄMPFEN!